

Rauchalarm im Weißen Haus

■ **Washington.** Ein Rauchalarm hat kurzfristig für Aufregung in der Residenz von US-Präsident Barack Obama in Washington gesorgt. Wie das Weiße Haus mitteilte, musste der Pressestab vorübergehend seine Büros im Westflügel verlassen. Dort befindet sich auch das Oval Office des Präsidenten. Doch die Ursache des Rauchs erwies sich als harmlos. „Am frühen Morgen ging ein Transformator kaputt und löste den Alarm im Westflügel aus“, so ein Mitarbeiter des Weißen Hauses.

Gauk besucht Drogenhochburg

■ **Medellin.** Bundespräsident Joachim Gauck hat während seines Besuchs in Kolumbien einen Abstecher in die Drogenhochburg Medellin gemacht. Gauck will mit der Visite ein Zeichen setzen, dass der Friedensprozess in dem südamerikanischen Land Gewalt und Kriminalität Schritt für Schritt zurückdrängen kann. Medellin sei für viele Menschen in Europa „ein ganz schrecklicher Begriff“ gewesen, sagte Gauck. Inzwischen ist die Stadt deutlich sicherer geworden.

Mubarak hält sich für unschuldig

■ **Kairo.** Ägyptens Langzeitmachthaber Husni Mubarak weist alle Schuld am Tod von hunderten Demonstranten während des Arabischen Frühlings von sich. Im Mammutprozess, der in Kairo mit einem neuen Richter von vorne begann, plädierte er und alle seine Mitangeklagten auf „nicht schuldig“. Nach Verlesung der Anklage und hitzigen Diskussionen mit den Vertretern der Nebenklage wurde die Verhandlung vertagt. Der nächste Termin ist laut ägyptischen Medien der 8. Juni.

Türkei: Tote bei Explosionen

■ **Istanbul.** Nach der Explosion von zwei Autobomben im Grenzgebiet der Türkei zu Syrien ist die Zahl der Toten auf mindestens 40 Menschen gestiegen. Zudem gebe es mehr als 100 Verletzte, so der türkische Innenminister Muammer Güler im türkischen Fernsehen. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sagte, die Anschläge könnten im Zusammenhang mit dem Syrien-Krieg stehen oder eine versuchte Sabotage der Friedensbemühungen im Kurden-Konflikt sein.



Präsentierten sich als Einheit: Die Delegierten der Piratenpartei halten Plakate mit der Aufschrift „ich bin motiviert“ in die Höhe.

Piraten zeigen Flagge

Parteitag in Bayern: Grundeinkommen und Mindestlohn auf Wahlprogramm

■ **Neumarkt.** Grundeinkommen für jeden, Volksentscheide und kostenloser Nahverkehr: Die kriselnde Piratenpartei grenzt sich mit ihrem Wahlprogramm von der etablierten Konkurrenz ab. Die Internet-Aktivisten beschlossen auf ihrem Parteitag im bayerischen Neumarkt aber auch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

Sollten sie im Herbst den Einzug in den Bundestag verfehlen, wäre das kein Weltuntergang, meinte die neue Geschäftsführerin Katharina Nocun. „Nee, Quatsch. Die Piratenpartei ist ein langfristiges Projekt“, sagte sie.

Mit der Zahlung eines bedingungslosen, monatlichen Grund-

einkommens wollen die Piraten das Sozialsystem radikal umbauen. Die Leistung müsse seriös finanziert werden. Eine konkrete Summe wird deshalb nicht genannt. Im Gespräch waren in der Vergangenheit etwa 1.000 Euro.

Beim Datenschutz will die Partei die Rechte der Bürger stärken. Die staatliche Überwachung soll zurückgedrängt, der Einsatz von Schnüffel-Software (Trojaner) zum Ausspähen von Daten verboten werden. Meinungsäußerungen in „digitalen Netzwerken“ sollen grundsätzlich geschützt werden. Eine Kehrtwende verlangen die Piraten im Nahverkehr. Bus und Bahn sollen nichts kosten, sondern aus Steuermitteln fi-

nanziert werden. Das sei langfristig für Gesellschaft und Wirtschaft ein Gewinn, heißt es. Bei der Energiewende wollen die Piraten bei der Ökostromumlage die Milliarden-Rabatte für die Industrie kritisch überprüfen.

Parteimanagerin Nocun sieht sich nicht als Kopie der populären Piratenfrau Marina Weisband, die derzeit nicht in der ersten Reihe aktiv ist. Es gebe zwar Parallelen: „Beide aus Osteuropa, jung und in Münster studiert.“ Unterm Strich „sind wir schon sehr unterschiedlich“, sagte Nocun. Den Streit auf dem Parteitag über „Online-Parteitage“ bewertete sie positiv. „Ich finde es gut, dass wir eine inten-

sive Debatte aufmachen, die auch mal länger dauert.“

Der stellvertretende Piraten-Vorsitzende Sebastian Nerz sieht den Parteitag als Neuanfang. „Wir haben die Vergangenheit hinter uns gelassen. Wir sind laut, wir sind unbequem.“ Die Piraten waren nach vielen internen Querelen in Umfragen abgestürzt. Nach einst 13 Prozent kommen sie derzeit nur auf 2 Prozent. Anfang 2013 scheiterten sie bei der Landtagswahl in Niedersachsen mit 2,1 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde. Das droht der Partei, die nach eigenen Angaben 32.000 Mitglieder hat, auch am 22. September auf Bundesebene.

Hoeneß stellt Strafanzeige

Wegen Verletzung des Steuergeheimnisses

■ **München.** In der Steueraffäre um Uli Hoeneß haben die Anwälte des Bayern-Präsidenten Strafanzeige gestellt. Die Anzeige wegen des Verdachts auf Verletzung des Steuergeheimnisses richtet sich gegen Unbekannt. Einen entsprechenden Bericht des Nachrichtenmagazins *Focus* bestätigte der Münchner Oberstaatsanwalt Ken Heidenreich. Im April waren die Ermittlungen der Münchner Staatsanwälte gegen Hoeneß wegen Steuerhinterziehung öffentlich bekanntgeworden. Der Präsident des deutschen Fußball-Rekordmeisters FC Bayern München hatte sich bereits im Januar selbst bei den Finanzbehörden angezeigt.



Setzt sich zur Wehr: Bayern-Präsident Uli Hoeneß.

Suche im Horrorhaus beendet

Cleveland-Entführung: Keine menschlichen Überreste

■ **Washington.** Die Suche nach möglichen weiteren Verbrechensopfern im Horrorhaus von Cleveland ist beendet worden. Wie eine Sprecherin der US-Bundespolizei FBI, Vicki Anderson, sagte, hätten die Ermittler keine menschlichen Überreste auf dem Gelände gefunden. Der mutmaßliche Entführer Ariel Castro hatte dort über ein Jahrzehnt drei Frauen gewaltsam festgehalten und gepeinigt. Die Ermittler hätten über 200 Beweisstücke sichergestellt.

Nach Abgleichen mit Castros DNA gebe es bislang keine Verbindung zu weiteren Verbrechen im US-Bundesstaat Ohio, so das FBI. Der Verdächtige wurde unterdessen wegen Selbst-

mordgefahr unter ständige Beobachtung gestellt – in einer Zelle von drei mal drei Metern. Am Freitag war mit Michelle Knight auch das dritte der befreiten Kidnapping-Opfer aus dem Krankenhaus entlassen worden. Sie sei in guter Verfassung, erklärte die Klinik. Doch Knight brauche Ruhe. Selbst ihre Angehörigen erfuhr nicht, wohin sie nach ihrer Entlassung gebracht wurde. Die mittlerweile 32-jährige Frau war zehn Jahre in der Hand ihres Peinigers. Ihre Aussagen, nach denen er sie mehrfach gewaltsam zur Abtreibung gezwungen habe, könnten dem mutmaßlichen Täter Ariel Castro das Leben kosten. Der Staatsanwalt erwägt die Todesstrafe.